



Foto: China Zentrum

# Pilger der Hoffnung im Reich der Mitte

Chinas Katholiken müssen mit vielen Widersprüchen umgehen

VON KATHARINA WENZEL-TEUBER

**29.** Dezember 2024 in der alten Kaiserstadt: Vor der katholischen Kathedrale von Xi'an hat sich eine Menschenmenge versammelt, um in der Diözese das Heilige Jahr 2025 zu eröffnen. Die historische Fassade ist halb verdeckt von meterhohen bunten Pappfiguren: Maria, Josef und das Jesuskind im Manga-Stil schweben auf einer Wolke, die das offizielle vatikanische Emblem des Heiligen Jahres trägt. Sie sind umringt von dem niedlichen Maskottchen des Jubeljahres und ihren Freunden: Luce, die Pilgerin der Hoffnung, kniet betend an der Krippe, begleitet von dem Hündchen Santino, dem Engelchen Iubi und der Taube Aura. Diese Installation war schon für die Christmette eingerichtet worden und ist bis zur Straße zu sehen. Luce mit ihren Kulleraugen ist in China nicht nur beim katholischen Publikum beliebt. Zum Klang der Jubiläumshymne ziehen Bischof Antonius Dang, Priester, Schwestern und Seminaristen mit dem Jubiläumskreuz vor das Hauptportal. Vier Abschnitte aus der Verkündigungsbulle von Papst Franziskus werden verlesen. Bischof Dang hält das Kreuz hoch und ruft: „Seht das Kreuz Christi, unsere einzige Hoffnung.“ Er besprengt die Gemeinde mit Weihwasser, man zieht feierlich in die Kirche ein. Am Ende des Pontifikalamts werden die fünf Pilgerorte der Diözese für das Heilige Jahr bekanntgegeben, durch deren Besuch die Gläubigen den Jubiläumsablass erlangen können.

So oder ähnlich wurde das Heilige Jahr in den vielen Diözesen der Volksrepublik China eröffnet, an dem Tag und mit den liturgischen Elementen, die Papst Franziskus dafür vorgeschlagen hat. Chinas Katholiken begrüßten das Heilige Jahr mit Begeisterung. Sie haben eine Vorliebe für feierliche Rituale. Der Ablass ist ihnen wichtig. Aber sie nutzen auch die Gelegenheit, ihre Gemeinschaft mit dem Papst und der Weltkirche sichtbar zu machen. Die Behörden lassen es offensichtlich zu. Läuft also alles gut für die kleine katholische Minderheit?

## Langsam vorwärts, manchmal einen Schritt zurück

2018 unterzeichneten die kommunistische Volksrepublik China und der Heilige Stuhl ein vorläufiges Abkommen über Bischofsnennungen. Die inzwischen dreimal verlängerte Vereinbarung soll den jahrzehntelangen Streit zwischen dem Vatikan und der chinesischen Führung beenden, wer das Recht hat, katholische Bischöfe in China einzusetzen. Wie Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin in einem Interview im Januar betonte, geht es Rom um zwei Ziele: „Das erste besteht darin, sicherzustellen, dass alle Bischöfe in Gemeinschaft mit dem Papst stehen.“ Das zweite „ist der Versuch, wenn auch nicht immer erfolgreich, die Einheit innerhalb der Kirche zu fördern, Spaltungen zu überwinden und ein gewisses Maß an Normalisierung im Leben der Kirche sicherzustellen“. Nach Parolins Einschätzung geht es „langsam vorwärts – manchmal sogar einen Schritt zurück – aber es bewegt sich in die richtige Richtung“. Franziskus steht persönlich hinter dem Dialog mit China, wie er immer wieder in Ansprachen und Interviews deutlich machte.

Solange das Abkommen funktioniert, wird es keine illegitimen Bischofsweihen ohne Zustimmung des Papstes mehr geben; allerdings wird die Partei die Auswahl der Kandidaten zu steuern wissen. Sie hat ihrerseits mit dem Abkommen das Zugeständnis gemacht, einer „ausländischen Kraft“ (dem Papst) Mitsprache in einer wichtigen religiösen Angelegenheit des Landes zu geben, was die chinesische Verfassung eigentlich verbietet. Rückschritte in der Umsetzung des Abkommens gab es aus vatikanischer Sicht mehrfach. Ein Tiefpunkt war im April 2023 die mit Rom nicht abgesprochene Versetzung von Bischof Shen Bin von der Diözese Haimen in das wichtige Bistum Shanghai. Bischof Shen ist Vorsitzender der offiziellen, von Rom bisher nicht anerkannten Chinesi-

sehen Bischofskonferenz. Papst Franziskus blieb nichts anderes übrig, als ihn nachträglich zum Bischof von Shanghai zu ernennen.

Seit 2024 gibt es aus kirchlicher Sicht aber auch positive Schritte. Bedeutsam war, dass erstmals zwei Bischöfe von Festlandchina im Oktober 2024 an der Weltsynode in Rom teilnehmen durften. Bisher erlaubte die chinesische Führung den Bischöfen nämlich keine regulären Kontakte zum Papst, wie sie für ihre Amtsbrüder aus anderen Ländern selbstverständlich sind, etwa durch Ad-Limina-Besuche. Rom hofft, durch eine Fortsetzung des Dialogs mit Peking offene Fragen zu klären. Dazu gehören der Status der Chinesischen Bischofskonferenz, die umstrittenen Diözesaneinteilungen und das Schicksal der verbliebenen 25 Bischöfe im Untergrund. Der offizielle Teil der Kirche zählt 73 Bischöfe. Rund ein Drittel der Diözesen wartet auf Bischofsnennungen.

## Religionspolitik zwischen Ideologie und Pragmatismus

Kritiker beklagen, das Abkommen habe die Situation der Kirche in China nicht verbessert und ihr nicht mehr Freiheit gebracht. Es stimmt, dass die staatliche Religionspolitik sich seit 2018 stark verschärft hat – jedoch unabhängig von dem Abkommen. Betroffen sind alle Religionen, auch Muslime, Protestanten, Buddhisten und Daoisten. Regional kann die Lage unterschiedlich sein. Neue Rechtsnormen regeln die Aufsicht der Behörden über religiöse Gruppen und Kleriker, die sich über ihre staatlich gestützten Dachverbände bei den Behörden registrieren müssen, bis ins kleinste Detail. Das reicht von Überwachungskameras an den Kirchentüren über die Genehmigungspflicht für Glaubenskurse oder für die transregionale Arbeit von Geistlichen bis zu Einschränkungen für religiöse Inhalte im Internet. Da die Partei ihren Einfluss auf die Jugend monopolisieren möchte, ist in vielen Regionen Minderjährigen die Teilnahme an Gottesdiensten oder religiösem Unterricht nicht mehr erlaubt. Das stellt eine enorme Herausforderung für die Weitergabe des Glaubens dar. Katholische Gemeinden reagieren mit Gegenmaßnahmen wie Fortbildung der Eltern, Religionsunterricht in Kleinstgruppen zu Hause, im Reisebus, oder Kindergottesdienste zu ungewöhnlichen Zeiten.

Der zunehmende ideologische Druck ist eine weitere Herausforderung. Sinisierung, also „Chinesisch-Werdung“, ist dabei die wichtigste Forderung an die Religionen. Sie meint Anpassung an die sozialistische Gesellschaft, an die Narrative der Partei. Vor allen religiösen Stätten ist die Nationalflagge zu hissen, die sozialistischen Kernwerte sind auszuhängen. Geistliche und Gemeindeleiter sollen immer wieder Loyalität gegenüber der Partei demonstrieren, den „Geist“ der neuesten Parteisitzungen studieren und an die Gläubigen weitergeben. Wie der Sozialanthropologe Mark McLeister beobachtete, gibt es an der Basis bei protestantischen Gemeinden wie Behördenvertretern immer noch Spielräume für einen pragmatischen Umgang mit dieser Politik: Die Pastoren erfüllen die politischen Postulate, wenn sie sie nicht ignorieren können, formalistisch und mit möglichst geringem Aufwand; die meiste Energie stecken sie nach wie vor in Seelsorge und Evangelisierung. Auch in katholischen Gemeinden dürfte

dies so sein. Die Frage nach der „Bottom Line“ dieses flexiblen Pragmatismus stellt sich da, wo es um religiöse Inhalte geht und die Partei eine „Sinsierung des theologischen Denkens“ verlangt.

## Transformation des Untergrunds

Stärker als früher geht der Staat in den letzten Jahren gegen nicht registrierte religiöse Gruppen vor, die aus seiner Sicht illegal sind. Dazu gehören die katholischen Gemeinschaften im Untergrund. Die historische Ursache für ihre Entstehung liegt darin, dass der Staat ab den 1950er Jahren versuchte, die chinesischen Katholiken von Rom zu trennen, und die Weihe von Bischöfen ohne päpstliche Zustimmung erzwang. Der Übergang zwischen kirchlichem Obergrund und Untergrund war in den letzten Jahrzehnten fließender geworden, nachdem die meisten illegal geweihten Bischöfe den Papst um Anerkennung gebeten hatten und viele andere mit Zustimmung Pekings und Roms geweiht worden waren. Da die Behörden aber offiziell nach wie vor auf dem „Prinzip der Unabhängigkeit“ von Rom beharren, wollen sich viele Katholiken im Untergrund aus Gewissensgründen nicht ihrer Kontrolle unterwerfen und der offiziellen Kirche anschließen. Seit 2018 benutzen die Behörden das Abkommen als Druckmittel, um den Untergrund zu „transformieren“.

Inzwischen ist die Mehrheit der ehemaligen Untergrundpriester, oft unter Zwang, zur offiziellen Seite gewechselt. In manchen Diözesen könnte die Integration beider Seiten nach und nach gelingen. An anderen Orten ist die Situation sehr schwierig. In der Diözese Mindong, ursprünglich eine Bastion des Untergrunds, legitimierte Franziskus 2018 auf Wunsch Pekings den von der Regierung eingesetzten Bischof Zhan Silu und unterstellte ihm den ursprünglichen Ortsbischof im Untergrund, Bischof Guo Xijin, als Weihbischof. Guo akzeptierte, trat aber später zurück. Ein AsiaNews zugespieltes Video von Ende Januar 2025 zeigt Bischof Guo, wie er Gläubigen am Tag seines 40. Priesterjubiläums durch das verschlossene Gittertor seiner Residenz die Kommunion und später ein Stück Torte reicht. Er steht offensichtlich unter Hausarrest. Bischof Zhan wiederum war einer der beiden Bischöfe bei der Weltsynode im Oktober. Dass eine solche Situation bei Katholiken im Untergrund Bitterkeit hervorruft, ist nachvollziehbar. Zur Versöhnung und Einheit ist noch ein weiter Weg.

Chinas katholische Kirche befindet sich in einer Situation voller Widersprüche und Transformationen. Die Gemeinden aber sind lebendig. Trotz vieler Einschränkungen gibt es immer noch Raum für Seelsorge und Evangelisierung, der tatkräftig genutzt wird. Für die Verbreitung des Evangeliums haben junge Christen innovative Ideen. Die beliebte multifunktionale katholische App Wanyou zhenyuan bietet eine interaktive Karte Chinas, über die man katholische Kirchen im ganzen Land finden kann. Neuerdings markieren kleine gelbe Luce-Symbole die Kirchen, die als Pilgerorte für das Heilige Jahr bestimmt wurden. Chinas Katholiken sind auf dem Weg – die Pilgerin der Hoffnung ist dafür kein schlechtes Bild.

Die Autorin ist Sinologin und Chefredakteurin der vom China-Zentrum in St. Augustin herausgegebenen Zeitschrift „China heute“.



Bischof Joseph Shen Bin (links) im Gespräch mit Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin.

Foto: Imago/Alessia Giulliani